

Fadegrad



von
Nina Fehr Düsel

Gemeinsam sind wir stark

Mitte Januar hat die Schweizerische Nationalbank (SNB) die Aufhebung des Euro-Mindestkurses vollzogen. Dieser Entscheid kam für viele überraschend und ist für die exportorientierte Wirtschaft und den Tourismus natürlich nicht günstig. Allerdings war immer klar, dass die Bindung des Schweizer Frankens an den Euro mit einem Mindestkurs kein dauerhafter Zustand sein konnte. Jetzt braucht es umso mehr ein wirksames Deregulierungspaket und vor allem Selbsthilfe!

Auch wenn die Versuchung gross sein mag, jetzt von billigen Fremdwährungen durch Einkäufe oder Ferien im Ausland zu profitieren, ist das Gegenteil das Richtige. Wenn wir hier in der Schweiz einkaufen, können wir das einheimische Gewerbe und unsere Landwirtschaft unterstützen, und die Ferien in der schönen, vielseitigen Schweiz verbringen. Das ausgegebene Geld kommt somit wieder unserer Wirtschaft zugute und unterstützt die schweizerischen Detailhändler und Grossverleiher in ihren Bestrebungen, die Preise zu reduzieren und dem Euro anzupassen.

Natürlich ist auch die Politik gefordert. Hier heisst es: Deregulieren, die Bürokratie abbauen und die Rahmenbedingungen verbessern. So kann z. B. das Gewerbe entlastet werden, sei es durch Verzicht auf unnötige Statistiken oder ausufernde Bürokratiemassnahmen, wie die unsinnige Arbeitszeiterfassung. Zudem muss die Benachteiligung des privaten Sektors durch die öffentliche Hand gestoppt werden, z. B. in der Software-Entwicklung, da der private Sektor durch Aktivitäten der Bundesbetriebe zunehmend konkurrenziert wird.

Es gilt das duale Bildungssystem, unser Erfolgsprinzip, und damit den Erhalt von Arbeitskräften zu stärken. Die hiesigen Arbeitnehmer sind durch billige Arbeitskräfte aus dem Ausland durch die Aufhebung des Euro-Mindestkurses noch mehr konkurrenziert. Dies gilt es zu verhindern, die Zuwanderung wieder eigenständig zu steuern und zugunsten des Inländervorranges zu begrenzen. Denn nicht zuletzt müssen wir auf unsere Werte und Stärken setzen. Sichere Arbeits- und Lehrplätze sind gerade in den letzten Wochen das meistgenannte Anliegen der Schweizer Bevölkerung. Darauf müssen wir bauen. Heute müssen arbeitslose Ausländer unser Land kaum mehr verlassen. Daher brauchen wir auch eine Beschränkung des Zugangs zu den Sozialwerken.

Mit gezielten Verbesserungen und der Stärkung der Wirtschaft sorgen wir für den Erhalt von Arbeitsplätzen. Es geht um unseren Wohlstand und unsere Freiheit und letztlich um die Schweiz. Dafür setzen wir uns nachhaltig ein.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Rot/Grün hat einfach immer noch nichts gelernt

Im Gemeinderat wurden zwei Weisungen des Sozialdepartements behandelt, bei denen es um jährliche Beiträge in fünfstelliger Höhe ging. Obwohl ein Minus in der Stadtkasse resultiert, ist von sparen oder kürzen bei den Linken und Grünen nichts zu spüren.



Peter Schick
Gemeinderat SVP
Zürich 11

In einer Weisung zum Sozialdepartement geht es um jährliche Beiträge in Höhe von 122'000 Franken für Sozialberatung für die Zeitdauer von 2015–2018 für den Verein Jugendwohnnetz Zürich. Der Verein Jugendwohnnetz Zürich ist der grösste Anbieter von günstigem Wohnraum für Jugendliche und junge Erwachsene in Ausbildung und/oder mit tiefen Einkommen in der Stadt Zürich. Ziel des Vereins ist es, günstigen Wohnraum bereitzustellen und die Stärkung der Wohnkompetenz von Jugendlichen

zu fördern. Zielgruppen sind junge Erwachsene zwischen 16 und 26 Jahren, die ein Brutto-Einkommen unter 30'000 Franken erzielen. Diese jungen Erwachsenen können entweder in Ausbildung, berufstätig oder in einer beruflichen Orientierungsphase sein. Das Jugendwohnnetz erschliesst jungen Menschen mit wenigen Chancen auf dem Wohnungsmarkt günstigen Wohnraum und erfüllt damit eine wichtige sozialpolitische und integrative Aufgabe.

Teure Beratung

Die Mieten liegen pro Person bei etwa 400 Franken pro Monat. Im Jahr 2013 waren es rund 1827 Mieterinnen und Mieter, die vom Verein Jugendwohnnetz Zürich unterstützt wurden. Diese Zahl ist sehr hoch und zeigt wieder einmal, dass die Eltern der Betroffe-

nen keine Verantwortung für ihre Kinder übernehmen wollen. Sie schieben diese lieber der Allgemeinheit oder den Sozialdiensten unter. Es sind hier sicher auch Jugendliche darunter, die nur für ganz kurze Zeit eine solche Wohnung brauchen und möglichst schnell wieder auf eigenen Füüssen stehen und unabhängig sein wollen.

Der Verein bietet seinen Mieterinnen und Mietern zusätzlich eine Sozialberatung an und hier liegt die Knacknuss, die Gegenstand dieser Weisung ist. Die Stadt Zürich finanziert jährlich 1280 Beratungsstunden, die den Steuerzahler 122'000 Franken kosten. Von den 1827 Jugendlichen im Jahr 2013 bezogen zehn Prozent einen hohen Beratungsaufwand von über 75 Prozent, der unter anderem zum obgenannten Beitrag führte. Deshalb lehnt die SVP-Fraktion, obwohl sie im Grundsatz den Verein Jugendwohnnetz Zürich unterstützt, diese Weisung, die die Sozialberatung betrifft, ab.

Der Verein Jugendwohnnetz Zürich steht sonst finanziell gut da und die SVP unterstützt diesen grundsätzlich. Doch die Zusatzleistungen wie die Sozialberatung sollen hinterfragt und gegebenenfalls gekürzt oder abgelehnt werden können. Insbesondere, weil die Stadt Zürich rote Zahlen schreibt, muss überall gespart werden, auch bei den Sozialleistungen. Es darf einfach nicht mehr selbstverständlich sein, dass, wenn jemand ein Problem hat, gleich welcher Art, einfach zur Stadt Zürich rennen kann

und es wird ihm geholfen. Es müssen Zeichen zur Selbstverantwortung gesetzt werden. Zudem soll endlich auch das Beziehungsfeld, in dem die jungen Erwachsenen leben, aufwachsen und Verantwortung tragen. Die schönen, sorglosen und träumerischen Zeiten sind vorbei. Es wird ein rauerer Wind wehen in den nächsten Jahren!

Die SVP schaut hin!

In der anderen Weisung geht es um jährliche Beiträge von 94'200 Franken für die Zeitdauer 2015–2018 für den Verein Marie Meierhofer-Institut für das Kind. Dieser Verein bietet Beratungen an, gibt Informationen heraus und ist in der Praxisforschung tätig. Bei diesen zwei Weisungen geht das Geld an Vereine, die finanziell gut da stehen. Die SVP schaut hier, bei diesen Weisungen zum Sozialdepartement, sehr genau hin. In Zeiten knapper Mittel müssen Leistungen gekürzt oder sogar abgebaut werden! Man kann nicht mehr ausgeben, als man auch einnimmt. Auch wenn die Beiträge auf den ersten Blick nicht gross wirken. Aber genau die kleinen Beiträge haben es in sich. Hier können Zeichen gesetzt werden, die wehtun und die Bevölkerung endlich aufwachen lassen, da die Mittel in der Stadt Zürich immer knapper werden. Beide Weisungen werden vom rot/grünen Gemeinderat ohne Kürzungen durchgewinkt. Unser Referent, Roberto Bertozzi, und seine mahnenden Worte verhalten wirkungslos im Ratssaal.

SVP-FRAUEN DER STADT ZÜRICH

Unterstützung für Nina Fehr Düsel

Die SVP Frauen der Stadt Zürich unterstützen die Gemeinderätin und Kantonsratskandidatin Nina Fehr Düsel im Wahlkampf. Nina Fehr Düsel ist Mitglied bei den SVP-Frauen und

kandidiert für die Kreise 7/8 in der Stadt Zürich. Unsere Standaktion am Kreuzplatz letzten Samstag war einmal mehr ein toller Erfolg. Wir verteilten Flyer und massenhaft Tirggel.



Präsent auf dem Kreuzplatz: Susanne Peter, Marianne Urfer Widmer, Lisa Teodoru (vorne), Margrit Haller (Präsidentin der SVP-Frauen), Nina Fehr Düsel (Kantonsratskandidatin), Romy Schibli-Albiez (von links nach rechts).

LESERBRIEF

Staat versus Privatwirtschaft

Aus dem Wulst von Grafiken und Statistiken über die Bundesverwaltung und staatsnahen Betriebe, die kürzlich veröffentlicht wurden, lässt sich herauslesen, dass das starke Beschäftigungswachstum des Staatsapparates volkswirtschaftlich höchst bedenklich ist. So haben die Verwaltung, das Gesundheitswesen, Erziehung, Unterricht und Heime sowie Sozialwesen ihren Personalbestand seit dem Jahr 2002 um über einen Drittel ausgebaut – er beträgt derzeit 25 Prozent der Gesamtzahl der Beschäftigten – während in den privatwirtschaftlichen Branchen bloss um 9 Prozent zugelegt wurde. Oder anders ausgedrückt: In unserem Land gibt es schon lange kein «Jobwunder» mehr, vielmehr breitet sich die Staatsbürokratie auf Kosten der Steuerzahler wie ein Tatzelwurm aus.

Mehr Beschäftigte beim Staat mit automatischen Lohnerhöhungen heisst mehr Aufwand, mehr Umverteilungs- und Subventionskosten, aber leider keine Produktivitätssteigerung. Während die Privatwirtschaft versucht, den Währungsschock so rasch als möglich zu verarbeiten – man beisst auf die Zähne und schnallt den Gürtel enger – macht sich die Bundesverwaltung immer breiter und genehmigt sich re-

kordhohe Steuereinnahmen. Alles wird gebraucht, um die Tätigkeit des Staates auszubauen und in neue Gebiete zu verlagern. Zentralismus ist «in», Eigenverantwortung «out». Immer mehr von öffentlich Bediensteten und öffentlich Unterstützten profitieren vom Umverteilungsstaat und leben (geniessen) auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Ein alter Gesellschaftsgraben wird noch breiter und tiefer: hier die Steuerzahler, dort jene, die von der Steuer leben.

Es darf nicht sein, dass der Staat sich verselbständigt auf Kosten der Privatunternehmen. Es ist meines Erachtens an der Zeit, dass zumindest die Bundesverwaltung bis auf weiteres zu einem Nullwachstum der Stellen und Kosten gezwungen wird, inklusive der extrem teuren, externen Mitarbeiter. Mit Mehreinsatz und weniger Genügsamkeit der Bundesbeamten, aber auch durch gezielte Effizienz- und Qualitätssteigerungen und weniger kostspielige Leerläufe (Informatik-Projekte), können allfällige Engpässe bei weitem ausgeglichen werden. Als willkommener Nebeneffekt stünden der Privatwirtschaft wieder mehr gut ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

LESERBRIEF

«Winterthur spart bei Polizisten und Lehrlingen»

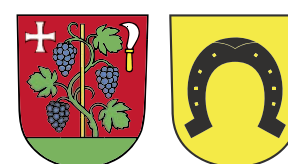
«Zürcher Zeitung», 14. März 2015, S. 19. Die Stadt Winterthur muss sparen. Verschiedene Massnahmen sollen ab 2019 eine Haushaltsentlastung von jährlich 43,6 Millionen Franken bringen. Dem Sparwillen der Winterthurer Stadtregierung muss grundsätzlich Lob entgegen gebracht werden. Unter anderem ist aber vorgesehen, dass 40 Lehrstellen abgebaut werden. Betroffen sind 15 KV-Lehrstellen, 1 Lehrstelle beim Zivilschutzamt, 4 Ausbildungsplätze bei der Spitex und 20 Plätze bei den Alterszentren.

Ich habe kein Verständnis, dass gerade bei der Ausbildung und somit bei der künftigen Generation von gut ausgebildeten Arbeitnehmern gespart wird. Überall wird darauf hin-

gewiesen, dass es an Fachkräften fehlt. Gerade der Abbau im Gesundheitswesen ist deshalb nicht nachvollziehbar, da dort heute schon ein akuter Mangel an Fachpersonal besteht. Lehrlinge sind nicht die grossen Kostentreiber in Winterthurs Verwaltung. Ich bin überzeugt, dass es noch verschiedene andere Möglichkeiten gibt, den Sparwillen kund zu tun. Auf der einen Seite eine hohe Jugendarbeitslosigkeit beklagen und auf der anderen Seite Lehrstellen abschaffen, geht gar nicht. Sparen muss sein, aber am richtigen Ort.

Tumasch Mischol,
Kantonsratskandidat,
Hombrechtikon

SVP



Einladung zur Generalversammlung der SVP 10

Restaurant Limmattal, Limmattalstrasse 228

Donnerstag, 26. März

Ab 19.00 Uhr Apéro,
19.30 Uhr Beginn der Veranstaltung

Anschliessend Vorstellung
der Kantonsratskandidaten

Referenten: Bruno Amacker (SVP),
Mauro Tuena (SVP)

Informieren Sie sich aus erster Hand!

www.svp-zuerich10.ch